

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der **DKP** Hannover, Mai 2019

www.dkp-hannover.de



EU in Hannover: Ein Desaster !

Beim fusionierten Warenhauskonzern **Karstadt/Kaufhof** soll die Kaufhof-Hauptverwaltung in Köln geschlossen werden, was ca. 1.000 Arbeitsplätze kosten wird; in den rund 100 Kaufhof-Filialen sollen weitere 1.600 Vollzeitstellen abgebaut werden. **Wabco** wird von ZF-Friedrichshafen für 6 Milliarden Euro gekauft; in Hannover sind 2.600 Beschäftigte davon betroffen. Der französische Konzern **Nexans** schließt den Standort Hannover mit knapp 500 Beschäftigten. Begründung: 60 Millionen Euro Gewinn bei 6 Milliarden Umsatz sind zu wenig. Die von den vergangenen Landesregierungen (sowohl CDU, FDP, SPD als auch Grüne) in den Ruin gewirtschaftete **NordLB** soll mit 3,5 Milliarden Steuergeldern saniert werden, inklusive einem Arbeitsplatzabbau von 1.000 Stellen.

Das sind einige Schlaglichter auf den Arbeitsmarkt in Hannover im ersten Quartal dieses Jahres. Was das mit der EU zu tun hat? Es regieren hier die sogenannten vier Freiheiten: des Kapitals, der Dienstleistungen, des Handels und der Arbeitsplätze. Das bedeutet, Arbeitnehmer dürfen ungehindert überall in den EU-Staaten sich einen Arbeitsplatz suchen. Und Unternehmer dürfen überall in der EU Fabriken eröffnen oder auch schließen. Das ist die berühmte Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit, die auch von den deutschen Gewerkschaften so gelobt

wird. Dabei ist die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit ein Trugbild, denn erstens gibt es da immer ein Sprachenhindernis, und zweitens gibt es bei 20 Millionen Arbeitslosen in der EU keine große Auswahl an Arbeitsplätzen. Das Kapital dagegen kennt nur eine Sprache: den Profit, und der wird überall in Euro gemessen. Die EU begünstigt die Unternehmer und benachteiligt die Arbeitnehmer. Das führt immer mehr zu einer Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich. **Deshalb ist die EU unsozial.**

Das EU-Parlament hat nicht die gleichen Rechte wie normale nationale Parlamente sie haben. Die eigentliche Macht liegt bei der EU-Bürokratie, der Kommission und dem Rat der Regierungschefs. **Deshalb ist die EU undemokratisch.**

Wir befinden uns in einer neuen Aufrüstungsphase und in einem neuen kalten Krieg gegenüber Russland und China. Die Nato will, dass alle Mitgliedsstaaten bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in die Rüstung stecken; für Deutschland bedeutet das eine Verdoppelung von heute 40 Milliarden auf über 70 Milliarden Euro. Zusätzlich hat die EU ein von der Öffentlichkeit wenig beachtetes eigenes Rüstungsprogramm mit der Bezeichnung PESCO beschlossen mit Ausgaben von 3 Milliarden bis 2020 und weiteren 13 Milliarden bis 2027. **Deshalb ist die EU militaristisch.**

Steintor Platz der Demokratie

Der Steintorplatz bleibt als bedeutender Freiraum in der City erhalten!

- Platz bleibt Platz – keine Privatisierung für Kommerzbauten
 - Platz für Demokratie und Teilhabe
 - Platz für Vielfalt der Stadtgesellschaft, nicht für die Oberschicht und den Kommerz
 - Platz mit mehr Aufenthaltsqualität, um sich zu treffen und zu verweilen, auch durch mehr Grün
 - Platz für öffentliche Veranstaltungen
- Das ist der Erfolg der starken Bürgerbewegung in Hannover. Die DKP hat dazu ihren Teil beigetragen.**

Den Steintorplatz lassen wir uns nicht nehmen! Wir lassen uns nicht auf die kleinere und dezentrale Fläche Goseriede verdrängen – und auch die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, u. a. durch mehr Grün, darf nicht auf Kosten der Veranstaltungs- und Versammlungsmöglichkeiten gehen.

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

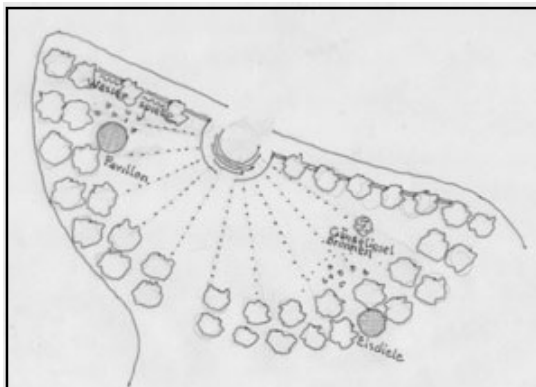
Steintor Platz der Demokratie!

Wir meinen, dass der Vorschlag der PlanerInnen aus Hannover vom September 2016 zeigt, dass beides vereinbar ist: eine innerstädtische Oase der Ruhe und ein Platz für die sozialen und kulturellen Wünsche der Bevölkerung – auch für große Veranstaltungen.

Die DKP unterstützt den Vorschlag eines „Roter-Punkt“-Denkmals für den Steintorplatz. Diese Bewegung war ein positives Beispiel der hannoverschen Demokratiebewegung gegen die

Preiserhöhungen und für die Kommunalisierung der Üstra. Ein solches Denkmal westlich des U-Bahn-

Eingangs Georgstraße wäre ein Treffpunkt wie an anderen Stellen, vor dem Bahnhof „Unterm Schwanz“ oder an der Kröpcke-Uhr.



Ein Platz der Demokratie erfordert auch einen Prozess der Demokratie: bei der Ausschreibung und Beurteilung des Ergebnisses des nun anstehenden Planerwettbewerbs müssen die Bürger wieder Mitsprache haben!

Unsere Zukunft statt ihre Profite *Gemeinsam gegen den Klimakiller Kapitalismus!*

Vor zehn Jahren, als zum letzten bundesweiten Schulstreik Zehntausende Schülerinnen und Schüler auf die Straßen gingen, da waren die meisten, die jetzt bei Fridays For Future mitdemonstrieren noch nicht eingeschult. Gingen damals die Schülerinnen und Schüler für ihr Recht auf bessere Bildung auf die Straße, fordern sie heute ihr Recht ein, übermorgen noch auf einem bewohnbaren Planeten zu leben. Mittlerweile sind die Streiks nicht mehr zu ignorieren: Mitte März waren in Hannover 13.000 Menschen auf der Straße, zuviele, als dass sie die Herrschenden alle in die Kategorie „faule Schulschwänzer“ packen könnten. Gerade wegen der Eigeninitiative vieler Schülerinnen und Schüler unterstützt die SDAJ als antikapitalistischer Jugendverband die Streiks. Doch für einen Wandel in der Politik müssen die wahren Klimakiller zahlen: die Konzerne. Die Energiekonzerne gehören in gesellschaftliche Hand, durch den Energiewandel dürfen weder die Strompreise steigen, noch Arbeitsplätze vernichtet werden! Statt Pendler mit Fahrverboten zu belegen, sollte der ÖPNV ausgebaut und (statt regelmäßig die Üstra-Preise zu erhöhen) die Fahrt mit dem Bus bezahlbar werden.

Mehr dazu auf
www.instagram.com/sdaj_hannover und
www.facebook.com/sdajhannover

Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit

Wer heute die Lüge und Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden. Er muß den Mut haben, die Wahrheit zu schreiben, obwohl sie allenthalben unterdrückt wird; die Klugheit, sie zu erkennen, obwohl sie allenthalben verhüllt wird; die Kunst, sie handhabbar zu machen als Waffe; das Urteil, jene auszuwählen in deren Händen sie wirksam wird; die List, sie unter diesen zu verbreiten.

(Bertolt Brecht, 1935)

Manege frei im „Zirkus Ihme-Zentrum“

Wer sehen möchte, was die Ergebnisse von Banken, weltweit agierenden „Investoren“ und einer Städtepolitik der Verantwortungslosigkeit sind, sollte einen Blick auf das Ihme-Zentrum werfen.

Die Stadt Hannover zog sich 1970 aus der Planung und aus der Verantwortung für den Gebäudekomplex heraus. Darauf folgte eine Investment-Gruppe der anderen.

Der neue Mann im „Zirkus Ihme-Zentrum“ heißt Lars Windhorst. Zurück in der Manege nach zwei Pleiten und mehreren Anklagen wegen Betrugs und Veruntreuung, aus denen er sich freigekauft hat bzw. mit Bewährung davongekommen ist. OB Schostok und der Rat schätzen sallerdings sein

„Chancen-Risiko-Verhältnis“.

Die Stadt hatte ihren Mietvertrag um 18 Jahre verlängert (mit Kosten von mindestens 2 Millionen Euro pro Jahr) und damit die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, wieder abgegeben und das Wohl und die Interessen der Bürger und Bewohner in die Hand einer Spekulationsfirma gelegt, für die das Ihme-Zentrum nur „einen Investitionsanteil von unter 5% ihres Investitionsvolumens“ darstellt (NP vom 22.03.).

Nach 50 Jahren Herunterwirtschaften des Ihme-Zentrum muss die Eigentumsfrage gestellt und der Gebäudekomplex in die öffentliche Hand

überführt werden. Alternativen zur kapitalistischen Nutzung gibt es – siehe weiter unten.

Klar ist, dass ohne Druck der Bürger unserer Stadt keine gemeinwohlorientierten Ansätze für das Großprojekt durchgesetzt werden. Klar ist auch, dass die DKP Hannover nicht wegschaut, wenn die Bürgerinteressen ignoriert werden und das Ihme-Zentrum nur ein Objekt für Spekulanten bleibt.

Ob diese im Sinne der Allgemeinheit genutzt werden oder sich die Stadt Hannover mit der ewigen Baustelle Ihme-Zentrum weiterhin ein Armutszeugnis ausstellt wird in den nächsten Jahren zu sehen sein



Ihmezentrum: ein „Leuchtturmprojekt“ der Kulturhauptstadt Hannover?

Stellen wir uns einmal vor: Die Stadt legt das Ihme-Zentrum als „städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ fest – nach „Vorbereitenden Untersuchungen“ gemäß Baugesetzbuch (BauGB). In diesem Verfahren können alle guten Vorschläge, die in den zurückliegenden Jahren von der **Zukunftswerkstatt Ihme-Zentrum** und Universitäten gemacht worden sind, unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit beraten werden. Aus der Ruine muss ein gesellschaftliches Projekt mit Geldern von Stadt, Land und Bund werden. Der DGB regt die Wiedergründung einer Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft für Infrastruktur und Wohnungen an. Die Stadt muss für das Ihme-Zentrum endlich gemein-

wohlorientiert handeln, um die Chancen in diesem Gebäudekomplex zu wecken. Dafür sind die Eigentumsverhältnisse völlig neu zu regeln – auf Grundlage des BauGB (§86 und §87). Die Nutzungen müssen sein: Kultur im vielfältigsten Sinn (Bildung, Gesundheit, Sport, Selbsttätigkeit) sowie städtische und landeseigene Sozialwohnungen. Die Gewerbe- und Einkaufsflächen sind auf den Bedarf der Umgebung abzustimmen.

Statt sich in diverse „Leuchtturmprojekte“ zu verzetteln, müsste die Stadt Hannover sich (übrigens auch im Hinblick auf die Bewerbung zur Kulturhauptstadt) der Großbaustelle in ihrer Mitte widmen!

Was andere nicht sagen wollen...

**Die EU ist neoliberal!
Die EU ist militaristisch!
Die EU ist undemokratisch!**



**Diskussionsveranstaltung
mit Patrik Köbele,
Vorsitzender der
Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)**

**Freitag, 10. Mai 2019
FZH Linden, 19 Uhr**

8. Mai Tag der Befreiung

**Gedenkveranstaltung zum Tag der
Befreiung von Faschismus und Krieg
Mittwoch, 8. Mai, 17.30 Uhr
Mahnmal Gerichtsgefängnis
Lister Meile / Hamburger Allee**

Demo am 11. Mai

**Großdemonstration gegen das
Niedersächsische Polizeigesetz
Sonnabend, 11. Mai,
13 Uhr, Steintorplatz**

Weitere Informationen dazu gibt's unter: #noNPOG

Sabine Huppert Eine starke Frau aus Hannover für das EU-Parlament

Die stellvertretende Kreisvorsitzende der DKP Hannover arbeitet als Zustellerin.

Die Mutter zweier Söhne ist auch noch bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aktiv. Schon früh kam sie als Kind mit dem Staat der Banken und Konzerne in Berührung, als ihr Vater 1965 im Gefängnis saß, weil er Kommunist war.

Sabine kandidiert zum EU-Parlament, weil sie den Wahlkampf dazu nutzen will, mit Menschen in Diskussion und in Aktion für ihre Interessen zu kommen. Sie sieht die Stärke der DKP darin, dass die Partei eine klare Analyse zu den Verursachern von Krieg, Flucht und Armut hat.

Persönlich kann man Sabine oft am Freitag im DKP-Büro in Hannover treffen oder auf dem UZ-Pressfest, auf dem sie sich um die kulinarische Versorgung im Niedersachsenzelt kümmert.



Termine und Aktionen der DKP Hannover

**Stadtteilgruppe
Linden
nächstes Treffen:
Montag,
27. Mai
19.30 Uhr
Freizeitheim Linden,
Windheimstr. 4**

**Stadtteilgruppe
Mitte
nächstes Treffen:
Montag,
27. Mai
19.00 Uhr
DKP-Kreisbüro,
Göttinger Str. 58**

Wir laden jede Woche ein zum

Roten Freitag

**Zum Klönen und Diskutieren über
Dit und Dat bei Kaffee und Keksen
von 16:00 bis 18:00 Uhr
DKP-Kreisbüro, Göttinger Straße 58**